

Zur Kontinuität des Rechtsextremismus in Deutschland

Nicht nur in braunen Stiefeln

Mehr als 80 Jahre nach der Macht- auslieferung an die Hitlerfaschisten versucht ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß die Verstrickung bundesdeutscher Behörden in das nazistische Netzwerk um die NSU-Mörder zu entwirren. Zur gleichen Zeit werden Ergebnisse neuer repräsentativer Umfragen über den Verbreitungsgrad „rassistischer und völkischer Vorurteile“ in der BRD-Gesellschaft bekannt. Danach vertreten 25,1 % der Deutschen schlechthin ausländerfeindliche und 36 % anti-islamische Auffassungen. Jeder fünfte Bundesbürger sei „gegen Juden“ eingestellt, jeder zehnte besitze ein rechtsextremes Weltbild.

Derartige „Vorurteile“ entstehen natürlich nicht im stillen Kämmerlein. Das ideologische Umfeld dafür ist auf entsprechendem sozial-ökonomischem Nährboden historisch gewachsen.

Seit der mit „Blut und Eisen“ herbeigeführten Gründung des Deutschen Reiches 1870/71 verläuft eine Kontinuitätslinie bis in unsere Tage. Da beschwor Oswald Spengler das „Deutschtum“, erhob Treitschke den Schlachtruf „Die Juden sind unser Unglück“, strebte der deutsche Imperialismus im Ersten Weltkrieg nach einem „Platz an der Sonne“, damit „am deutschen Wesen die Welt genesen“ könne. Da setzten faschistische „Herrenmenschen“, gestützt auf eine imaginäre „Volksgemeinschaft“ und „gesundes Volksempfinden“, mit dem Zweiten Weltkrieg das „Neuordnungswerk“ fort. Heute, so krakeelten sie, gehöre ihnen Deutschland und „morgen die ganze Welt“. 55 Millionen Opfer markierten die Blutspur des vom faschistischen deutschen Imperialismus geführten Vernichtungs- und Ressourcenkrieges.

Nach der militärischen Niederlage Nazi-Deutschlands blieben im Separatstaat BRD die alten Macht- und Eigentumsverhältnisse unangetastet. Er wurde – den Vorgaben der US-Strategie folgend – sukzessive zum „Bollwerk gegen den Kommunismus“ und als Aufmarschbasis gegen die sozialistischen Staaten Europas ausgebaut. Da waren die erfahrenen Experten der „Vorwärtsverteidigung“ wieder gefragt. In Politik, Justiz, Militär, Polizei und Geheimdiensten sicherte man weitestgehend die personelle Kontinuität. „Fachleute“ aus den Reihen im Nürnberger Prozeß als verbrecherisch bezeichneter Organisationen nahmen von Beginn an Schlüsselstellungen ein. So setzte sich die Leitungsebene des Bundeskriminalamtes noch 1959 zu 56 Prozent aus ehemaligen SS-Angehörigen zusammen; 75 Prozent hatten der Nazi-Partei angehört. Im Verfassungsschutz

war 1963 jeder fünfte bis sechste Beamte ein früherer SS-Offizier.

Zur Kontinuität gehörte auch der Antikommunismus als Staatsdoktrin der BRD. Getreu der Devise „Der Feind steht links“ wurde im August 1956 die KPD – die Partei der antifaschistischen Helden – verboten. Es paßte durchaus zum Bonner Grund-



verständnis, daß nur wenige Jahre nach der Illegalisierung der KPD die faschistische NPD zugelassen wurde und deren Aufnahme in das bundesdeutsche Parteiensystem erfolgte. 1962 beschlossen die Kultusminister der BRD-Länder auf anti-kommunistische Indoktrination der Schüler zielende „Richtlinien für die Behandlung des Totalitarismus“ im Unterricht. Eine weitere Ursache der alle Dimensionen sprengenden Fremdenfeindlichkeit sind „völkische Vorurteile“, Deutschtümelei und Rassismus, die vor allem von rechtskonservativen Wissenschaftlern und Publizisten verbreitet werden. Führende Vertreter des politischen Establishments betätigen sich dabei immer wieder als Stichwortgeber.

Schon vor anderthalb Jahrzehnten „warnte“ Edmund Stoiber (CSU) vor einer „durchmischten und durchrassten Gesellschaft auf deutschem Boden“. General Jörg Schönbohm (CDU) ergänzte: „Die Identität der Bundesrepublik Deutschland als Nationalstaat der Deutschen darf nicht zur Disposition stehen.“ Klaus Landowsky, von 1991 bis 2001 CDU-Fraktionschef im Berliner Abgeordnetenhaus, hetzte: „Es ist nun mal so: Wo Müll ist, sind Ratten, und wo Verwahrlosung ist, ist Gesindel, und das muß beseitigt werden in der Stadt.“ Als Bundeskanzler befand Gerhard Schröder (SPD): „Das Boot ist voll!“ Jürgen Rüttgers (CDU) forderte als nordrhein-westfälischer Ministerpräsident: „Kinder statt Inder an die Computer!“ Hessens früherer Regierungschef Roland Koch (CDU) äußerte, Deutschland habe ein „seltsames soziologisches Verständnis für Gruppen aufgebracht, die bewußt als ethnische Minderheiten Gewalt ausüben“, und Ernst Huber (CSU) meinte: „Multikulti ist die Brutstätte von Kriminalität.“

Auch Angela Merkel (CDU) durfte bei dieser Kakophonie nicht fehlen. „Der Ansatz für Multikulti ist gescheitert, absolut gescheitert“, gab sie von sich. Als „Krisenmanagerin“ benutzte die Kanzlerin eine vordergründige nationalistische Tonart bei der Darlegung des deutschen Spardiktats, als sie Griechen, Portugiesen und Spaniern vorwarf, sich nicht genügend anzustrengen, zu lange Urlaub zu nehmen und zu früh in Rente zu gehen. „Alle müssen sich an die Regeln halten“, proklamierte sie.

Die Urheber einer wochenlang gegen die „faulen Griechen“ gerichteten Kampagne der Springerschen „Bild“-Zeitung erhielten für ihre „sorgfältige Auswahl und Deutung von Fakten“ den mit 10 000 Euro dotierten Herbert-Quandt-Preis. Ex-Bundesinnenminister Friedrich warf unmittelbar nach der immer

wieder hinausgezögerten Enthüllung eines Denkmals für vom deutschen Faschismus ermordete Sinti und Roma den aus Balkanländern in die BRD gekommenen Menschen dieser Volkszugehörigkeit „ein Ausnutzen unseres Systems“ und „Mißbrauch“ vor. Eine ständige Verbreitung offen rassistischer Positionen erfolgt seit Jahr und Tag über Zeitungen, Pamphlete und Internetseiten der NPD. Leute wie Sarrazin erhalten für ihre ausländerfeindlichen und sozialdarwinistischen Auslassungen von den Medien des Kapitals jegliche Unterstützung. Justiz, Verfassungsschutz und Polizei sind traditionell auf dem rechten Auge blind. Inzwischen wurde ihr linkes Feindbild durch Islamophobie vervollständigt.

Wie es in der Praxis aussieht, wird durch die Tatsache erhellt, daß die Bundesanwaltschaft im zurückliegenden Jahrzehnt nur 13 Ermittlungsverfahren im „Bereich Rechtsextremismus“, aber 700 im „Bereich Islamismus und Linksterrorismus“ durchgeführt hat! In den vergangenen zwei Jahrzehnten wurden mehr als 180 Menschen – Ausländer, Migranten, Arbeits- und Obdachlose – von Nazis umgebracht. Die offizielle Statistik weist allerdings nur einen geringen Teil dieser Fälle als politische Verbrechen aus. Während der NSU-Mordserie kamen die zuständigen Behörden überhaupt nicht auf den Gedanken, die Verbrechen könnten einen rassistischen Hintergrund haben. So wurden die Täter fast automatisch im „familiären Milieu“ der Opfer gesucht. Die Medien erfanden den Begriff „Dönermorde“. Der Chef der CDU-Bundestagsfraktion Kauder war bemüht, die rechtsextremistischen Untaten neuer Dimension kleinzureden. Er verlangte, nicht zuzulassen, „daß das positive Bild von Deutschland durch ein paar solche Verbrecher Kratzer bekommt“.

In dieses „positive Bild“ paßt durchaus, daß es bisher keine der Bundesregierungen für erforderlich gehalten hätte, jeweils mahndend an die nazistischen und rassistischen Verbrechen von Mölln, Solingen, Rostock-Lichtenhagen und Hoyerswerda zu erinnern oder gar ein neues Verbotverfahren gegen die NPD ernsthaft zu betreiben. V-Leute haben Millionen Euro kassiert – Gelder, die dann größtenteils faschistischen Gruppierungen zugute kamen. Keines der rassistischen und faschistischen Verbrechen wurde jedoch durch sie verhindert. 1997 war in einem Thesenpapier des BKA darauf hingewiesen worden, daß „Zuträger des Verfassungsschutzes immer wieder als Organisatoren oder Führungsfiguren rechter Aktionen aufgefallen“ seien.

Bundesinnenminister Friedrich schuf jedoch eine „neue Sicherheitsarchitektur“: die Vernetzung von Polizei und Verfassungsschutz auf dem Gebiet der Information. Ein gemeinsames „Extremismus- und Terrorismus-Abwehrzentrum“ (GETZ) wurde eingerichtet, wodurch das von den westlichen Besatzungsbehörden einst verfügte Trennungsgebot zwischen Polizei und Geheimdiensten negiert wurde. Dieses war ursprünglich mit Blick auf die Verbrechen der faschistischen Geheimen Staatspolizei (Gestapo) erlassen worden.

Die Kehrseite der Vernachlässigung des Kampfes gegen den Rechtsextremismus bestand schon immer darin, echte Linkskräfte mit „Linksterrorismus“ in Verbindung zu setzen. Dieser Terminus kommt den angeblichen Verfassungsschützern sehr schnell von den Lippen. Minister Friedrich wies seinerzeit Bedenken zurück, der Kampf gegen Linke könne angesichts der umfangreichen Befassung mit den NSU-Verbrechen zu kurz kommen. „Sie brauchen keine Angst zu haben“, erklärte das seinerzeitige CSU-Kabinettsmitglied. „Wir werden auch den Kampf gegen den Linksextremismus verstärken.“

Ein Beispiel dieses „verstärkten Kampfes“ lieferte im Sommer 2012 die dem Innenministerium unterstellte Bundeszentrale für politische Bildung. Sie zeigte monatlang im Internet einen Videofilm über „Politischen Extremismus“. Dort „definierte“ man zunächst, was Extremisten seien: „Religiöse Fanatiker, Linke und Rechte an den Rändern der Gesellschaft.“ Weiter hieß es: „Es herrscht Bombenstimmung in Deutschland. Die Linken fackeln Luxuskarossen ab, die Rechten kontern mit den sogenannten Dönermorden.“

Am „verstärkten Kampf gegen Linksextremismus“ beteiligte sich auch das Haus der seinerzeitigen Bundesfamilienministerin Schröder. Es kreierte die „Extremismus-Klausel“. Politische und soziale Initiativen sollten danach nicht nur von „ihren Partnern“ wie bisher ein Bekenntnis zur „freiheitlich-demokratischen Grundordnung“ verlangen, sondern auch 50% Eigenmittel nachweisen, wenn sie Zuschüsse für Aufklärungsarbeit gegen rechtsradikale Aktivitäten erhalten wollen. In der Auseinandersetzung mit Linken reichen indes schon 10% aus!



Zum Ritual des Kampfes gegen Antifaschisten gehört es längst, daß die Polizei Aufmärsche der Nazis vor ihnen schützt, Sitzblockaden auflöst und deren Aktivisten gerichtlich verfolgen läßt. All diese Willkürakte werden von der Totalitarismuskonzeption flankiert, mit der die Dauerkampagne zur Delegitimierung der DDR und ihrer Gleichsetzung mit der braunen Diktatur gerechtfertigt werden soll. 2008 beschloß der 22. CDU-Parteitag in Stuttgart ein „Grundsatzdokument“. In diesem ging es darum, „der zunehmenden Verklärung (!) der DDR-Geschichte“ zu begegnen.



Es ist doch merkwürdig: Da gelten seit fast einem halben Jahrhundert „Richtlinien für die Behandlung des Totalitarismus“ im Unterricht; da schwingt jahrzehntlang eine in Sachen Massenbeeinflussung perfektionierte „Bewußtseinsindustrie“ unermüdlich die „Stasi-Keule“; da werden Schüler ohne Unterlaß durch Knabes infames Gruselkabinett geschleust. Und dennoch muß ein CDU-Parteitag „zunehmende Verklärung der DDR-Geschichte“ konstatieren und damit eingestehen: Die sozialistische Idee und die Erinnerung an die erlebte und gelebte Zielsetzung der DDR sind einfach nicht totzubekommen. „Die Geschichte der Teilung und der SED-Diktatur“, so der CDU-Parteitagsbeschuß, müsse „zentraler Inhalt des Schulunterrichts in ganz Deutschland werden“. Sicher gehört zur „Vermittlung dieser Geschichte“ nicht die Erwähnung des Spalter-Credos eines Konrad Adenauer. Der CDU-Vorsitzende und erste Bundeskanzler formulierte es so:

„Lieber das halbe Deutschland ganz als das ganze Deutschland halb.“

Im Wissenschaftsbereich erhält die Totalitarismuskonzeption durch Einrichtung eines eigenen Lehrstuhls für dieses „Fach“ an einer Universität der BRD-Hauptstadt jenen Stellenwert, welcher für die kontinuierliche Pflege des Antikommunismus erforderlich zu sein scheint. Hier soll die „Erforschung und wissenschaftliche Aufarbeitung des DDR-Unrechtsstaates dauerhaft gewährleistet“ sein. Filmproduktionen sowie „feste Programmplätze zur Hauptsendezeit in ARD und ZDF“ wurden für die Verbreitung entsprechender Beiträge eingefordert.

Die Jahre seit dem Beschluß des 22. CDU-Parteitags haben hinreichend unter Beweis gestellt, in welchem Maße Filmwesen und „öffentlich-rechtliche“ Sendeanstalten den Vorgaben dieser Partei gefolgt sind. Einmal mehr zeigte sich, daß der Antikommunismus besonders in Krisenzeiten Hochkonjunktur hat, um von den Gebrechen und Verbrechen des Imperialismus abzulenken. Zum kontinentalen Machtanspruch Berlins („Wir sind Europa“) gesellt sich extremer Nationalismus, der alte Ziele Großdeutschlands erneut deklariert. Man ist wie der frühere SPD-Finanzminister Eichel davon überzeugt, daß sich „Europa“ nichts sehnlicher wünscht als eine „deutsche Führung“. Die Chefin der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Hasselfeldt, verkündete: „Die deutsche Stabilitätskultur muß Vorbild sein für Europa. Wir brauchen eben nicht weniger Europa, sondern mehr Deutschland in Europa.“ Zum „Klassiker“ des Berliner Chauvinismus wurde der Jubelruf des CDU-Fraktionschefs Volker Kauder im Bundestag: „Jetzt wird in Europa wieder deutsch gesprochen.“

Als EU-Zuchtmästerin hatte die Bundeskanzlerin den Völkern Süd- und Südosteuropas zu verstehen gegeben, daß zur Führung auch „deutsche Disziplin und Tugend“ gehörten. Im In- und Ausland konnte dieser nationalistische Wahn nicht ohne Resonanz bleiben. In einigen EU-Mitgliedsländern wurden böse Erinnerungen an die Zeit der Nazi-Okkupation wach. Eine griechische Zeitung kommentierte: „Der Traum, Europa zu erobern, ist in Deutschland wieder da. Das Werkzeug ist dieses Mal nicht die Wehrmacht!“

Vieles spricht dafür, daß die von höchster politischer Ebene formulierten „völkischen Vorurteile“ und das provozierend zur Schau gestellte Deutschtum ohne Zweifel zu der in aktuellen Meinungsumfragen sichtbar gewordenen Tendenz des deutlichen Anwachsens rechtsextremer und faschistoider Auffassungen beigetragen haben. Mehr als 81 Jahre nach der Machtauslieferung an die Hitlerfaschisten und fast 75 Jahre nach dem Beginn des von ihnen angezettelten mörderischen Zweiten Weltkriegs fehlt es den heute in Deutschland Regierenden an jeglicher Bereitschaft, auch nur elementare Lehren und Schlußfolgerungen aus reaktionärer Vergangenheit und rechts-extremistischem Terror unserer Tage zu ziehen. Dieser Kurs ist kreuzgefährlich.

Prof. Dr. Georg Grasnigg

Eine historische Betrachtung zum 100. Jahrestag der Entfesselung des 1. Weltkrieges

Die Schlachtbank der Völker

Am 28. Juli 1914 jährt sich zum 100. Mal der Beginn des 1. Weltkrieges. Dieser Tag wäre Anlaß genug, der Opfer zu gedenken und die Toten zu ehren, in Deutschland zu trauern.

Was aber geschieht im Vorfeld dieses Jubiläums? Ganze Heerscharen von Geschichtsfälschern sind unterwegs, um die Ursachen des großen Gemetzels zu verschleiern, vergessen zu machen, was damals und zuvor tatsächlich geschah. Über den Charakter des Krieges und die Verantwortlichen dieses bis dahin größten Völkermordens wird der Mantel des Schweigens gebreitet. Es finden dubiose Meinungssondierungen statt, die verdrängen sollen, wer diesen Krieg vom Zaun gebrochen hat. So möchte man mit der jüngsten Forsa-Umfrage eine „Kollektivschuld“ aller am Krieg beteiligten Mächte konstruieren. Lesern, Hörern und Zuschauern wird durch die Medien suggeriert, Menschen aus allen 38 involvierten Nationen hätten Schuld am Krieg und dessen Folgen getragen. Bei der Verwendung des Begriffs der Nation wird natürlich ausgeblendet, daß diese stets durch Klassen, Klassegegensätze und Klassenkämpfe gespalten ist. Zwischen den Interessen der werktätigen Mehrheit und den profitgetriebenen Machtinteressen der Monopolbourgeoisie klaffen Abgründe. Das bedeutet, daß die herrschende Klasse jeder beteiligten Nation die Schuld am Krieg trug.

Solche Umfragen sind lediglich ein Bestandteil des Versuchs, den wirklichen Ablauf des Geschichtsprozesses zu entstellen und zu verfälschen.

Der 1. Weltkrieg hatte wie jeder militärische Konflikt konkrete Ursachen und einen entsprechenden Charakter. So besaß auch das 1914 begonnene Völkermorden eine Vorgeschichte, die man kennen muß, um urteilsfähig zu sein.

Klaus Steiniger traf im Leitartikel des RF 173 die Feststellung: „Kriege fallen nicht vom Himmel. Sie sind nicht ‚Gottes Werk‘, sondern werden von Menschen gemacht, die dabei handfeste Interessen verfolgen. Vorgespiegelte Ideale oder angeblich hehre patriotische Ziele sollen nur vom großen Raubzug ablenken.“

Die Hauptursachen des 1. Weltkrieges waren die ungleichmäßige ökonomische Entwicklung der kapitalistischen Staaten und die um 1900 beendete Aufteilung der Welt unter den stärksten Mächten. Das kaiserliche Deutschland war zu spät und zu kurz gekommen. Es strebte deshalb eine Neuaufteilung der Welt an. Dadurch verschärften sich die Widersprüche zwischen den entwickelten kapitalistischen Staaten. Der krassste Gegensatz entstand zwischen Großbritannien als der führenden Kolonialmacht und dem imperialistischen

Deutschland, das nicht weniger als die Weltherrschaft zu erringen trachtete. Um diese beiden Mächte bildeten sich aggressive Blöcke: die Mittelmächte mit Deutschland, Österreich-Ungarn und Italien, dem sogenannten Dreibund. Später kamen hierzu noch die Türkei und Bulgarien. Der Gegenpol war die Entente mit Großbritannien, Frankreich und Italien,



das die militärischen Blöcke gewechselt hatte, Rußland und Japan. Auf Seiten der Entente standen im 1. Weltkrieg insgesamt 27 Staaten.

Der Kampf um die Neuaufteilung der Welt begann mit der Vorgeschichte dieses gigantischen Zusammenpralls. Dazu zählt zweifellos die als Boxeraufstand bekanntgewordene chinesische Massenerhebung von 1900/1901. Sie richtete sich gegen die Truppen der konkurrierenden Staaten Rußland, England, Frankreich, Japan, USA und Deutschland sowie die von ihnen ausgehende koloniale Unterdrückung. Die am Aufstand Beteiligten sahen sich 40 000 schwerbewaffneten Soldaten der erwähnten Mächte gegenüber, die eine grausame Strafexpedition vollzogen. Bekannt ist der als „Hunnenrede“ in die Geschichte eingegangene Appell Kaiser Wilhelms II., in China wie einst die Hunnen zu wüten.

1904/1905 fand der Russisch-Japanische Krieg statt, bei dem es um die Vorherrschaft in Ostasien ging, besonders in der Mandchurei.

1905 kam es zur ersten „Marokkokrise“. Ziel der deutschen Imperialisten war es,

ihre französischen Konkurrenten aus dem nordafrikanischen Maghreb zu verdrängen. Ihr Vorhaben scheiterte, da Frankreich von Großbritannien und Italien Unterstützung erhielt.

1911 folgte die zweite „Marokkokrise“, die ebenfalls zum Anwachsen der Kriegsgefahr beitrug.

Beim 1. Balkankrieg (Oktober 1912 bis Mai 1913) kreuzten sich die politischen und ökonomischen Interessen nahezu aller imperialistischen Staaten. Bulgarien, Serbien, Griechenland und Montenegro brachten der Türkei eine schwere Niederlage bei und setzten der byzantinischen Herrschaft in weiten Regionen ein Ende.

Im 2. Balkankrieg (Juni/Juli 1913) erlitt Bulgarien eine Niederlage gegen Serbien, Rumänien, Griechenland und die Türkei. Der Balkan war zu einem „Pulverfaß“ geworden. Ein einziger Funke konnte den Weltbrand auslösen.

Die deutschen Imperialisten und Militaristen betrieben vor 1914 eine umfangreiche ideologische Kriegsvorbereitung, wobei sie Schulen, Universitäten, Theater, Kirchen und vor allem die Presse in ihren Dienst zu stellen suchten. Um die Volksmassen für einen Eroberungskrieg einzuspannen zu können, wurden den Chauvinismus anheizende Propagandazentralen wie der Alldeutsche Verband, die Deutsche Kolonialgesellschaft, der Ostmarkverein, der Deutsche Flottenverein, der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie, der Deutsche Wehrverein und zahlreiche Kriegervereine ins Leben gerufen.

Die psychologische Kriegsvorbereitung ging mit verstärkter Aufrüstung einher. Die deutschen Waffenschmiedern wurden enorm aufgestockt. Mit den Flottengesetzen von 1898 und 1900 begann auch das Wettrüsten zur See, welches insbesondere den Konflikt mit Großbritannien verschärfte. Von 1902 bis 1913/14 stiegen die Ausgaben für Kriegsgerät und Munition von 965 Mio. Mark auf 2,11 Mrd. Mark an. Worin bestanden die Absichten und Ziele der Kontrahenten des drohenden großen Zusammenpralls?

Deutschland: Vorherrschaft auf dem Weltmarkt. Erweiterung des Kolonialbesitzes, Annexion fremder Gebiete östlich und westlich der Reichsgrenze. Herabdrücken verbleibender Nachbarstaaten auf den Status von Vasallen.

Großbritannien: Inbesitznahme der deutschen Kolonien. Beseitigung von dort ausgehender Konkurrenz. Erbeutung der deutschen Handelsflotte, Aufteilung der Türkei.

Frankreich: Vereinnahmung Elsaß-Lothringens und des Gebiets an der Saar. Zugriff auf deutsche Kolonien. Zerstückelung des Mutterlandes. Aufteilung der Türkei und Syriens.

Rußland: Vorherrschaft auf dem Balkan. Aufteilung der Türkei mit Zugriff auf die Dardanellen. Vereinnahmung Ostgaliziens.

Die herrschenden Klassen aller erwähnten imperialistischen Mächte wollten den Krieg. Es fehlte nur noch der Anlaß, um losschlagen zu können. Er fand sich. Am 28. Juni 1914 wurde der österreichisch-ungarische Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand in der bosnischen Hauptstadt Sarajevo durch ein Attentat serbischer Nationalisten getötet.

Seitdem wird der Anlaß oftmals als Ursache ausgegeben. Es bedurfte indes des Zeitraums von 30 Tagen, um den Krieg zu beginnen. Österreichs Regierung mußte sich erst der Unterstützung Berlins vergewissern. Am 28. Juli erklärte die k.u.k.-Monarchie Serbien den Krieg. Jetzt begann das Räderwerk der Militärbündnisse zu arbeiten. Dabei griff Reichskanzler von Bethmann-Hollweg, der bereits am 9. September 1914 Berlins Kriegsziele formuliert hatte, zu einer Geschichtslüge. Er erklärte, daß Rußland der Schuldige sei. Bereits am 30. Juli 1914 aber hatte Moltke, der Chef des deutschen Generalstabs, die österreichisch-ungarische Monarchie gedrängt, sofort gegen Rußland mobil zu machen. Die These von der „russischen Gefahr“ wurde zum Hauptargument sowohl der kaiserlichen Regierung als auch des opportunistischen Flügels der deutschen Sozialdemokratie.

Am 31. Juli erfolgte die Mobilmachung in Österreich-Ungarn und in Deutschland, am 1. August in Frankreich sowie die Kriegserklärung Deutschlands an Rußland. Am 3. August erklärte Berlin dem Nachbarland Frankreich den Krieg.

Am 4. August begann der Einfall der deutschen Truppen in das neutrale Belgien, um die Blitzkriegsstrategie des sogenannten Schlieffen-Planes umzusetzen. Die Verletzung der belgischen Neutralität bot England den Anlaß zum Kriegseintritt. Am 6. August erklärte Österreich-Ungarn dem russischen Zarenreich den Krieg. Serbien tat das gegenüber Deutschland, Montenegro gegenüber Österreich-Ungarn und Deutschland, während Frankreich und England am 12. August den gleichen Schritt in bezug auf Österreich-Ungarn unternahmen.

Da die deutsche Öffentlichkeit von der kaiserlichen Regierung nur einseitig und falsch unterrichtet wurde, ließ sich die Mehrheit des Volkes angesichts der augenscheinlich ungünstigen Mächtekonstellation die Notwendigkeit einer Vaterlandsverteidigung einreden. Die SPD-Führung verkündete ebenfalls, der Krieg sei angesichts der Haltung Rußlands unvermeidlich geworden. Das löste beim überwiegenden Teil des jahrzehntelang nationalistisch und militaristisch indoktrinierten deutschen Volkes

chauvinistische Kriegsbegeisterung aus. Doch die Bilanz war furchtbar: Die Regierungen der 38 beteiligten Staaten führten insgesamt 23 Millionen Soldaten der Mittelmächte und die Entente 42 Millionen Mann in das bis dahin größte „Menschenschlachthaus“ Europas. 8,1 Millionen Soldaten überlebten den Wahnsinn nicht.



Grenzenloses Leid verbirgt sich hinter diesen Zahlen. 18,9 Millionen Verwundete kehrten zwar zu ihren Familien zurück, doch ein großer Teil von ihnen starb an den Folgen ihrer Kriegsverletzungen.



Der 1899 geborene und am 22.9.1918 in Frankreich gefallene Bruder meiner Großmutter schickte kurz vor der Verteidigung seiner Einheit eine Postkarte zu den Eltern in Staßfurt. Darauf stand: „Die herzlichsten Grüße von hier sendet Euch Euer Paul. Morgen werden wir vereidigt. Haben heute Scharfschießen gehabt. Habe 10,11,12 geschossen, also der beste Schütze mit. Dafür kriegen wir Urlaub ...“ Am Tage seines Todes schrieb er: „Liebe Eltern und Geschwister! Teile Euch mit, daß ich noch gesund und munter bin. Wir liegen jetzt den Franzosen, Schwarzen und Amerikanern gegenüber. Rücken heute wieder in Stellung. ... Wenn es auch schwere Stunden gibt, so hoffe ich doch alles glücklich zu überstehen, denn einmal muß der Krieg doch vorbei sein ... Auf Wiedersehen.“ Welche Ironie des Schicksals!

Es gab kein Wiedersehen. Die Eltern konnten das Grab ihres Sohnes niemals besuchen. Unwillkürlich fragt man sich: Was hatten ihm die Franzosen getan? Was hatte er dort zu suchen? Wer hat ihn dort hingeschickt? Er kannte Frankreich nur aus dem

Erdkundeunterricht. Was er allerdings in der Schulstube auch gehört hatte, war „... Jeder Stoß ein Franzos.“ Welche Menschenverachtung!

Wenn man aus Anlaß des 100. Jahrestages des Beginns des 1. Weltkrieges den Versuch einer Aufhellung des objektiven Geschichtsverlaufs mit Ursachen, Wirkungen und Folgen für die Menschen unternimmt, dann handelt es sich dabei nicht schlechthin um Nostalgie. Es gilt, aus der unglückseligen deutschen Vergangenheit endlich die richtigen Schlußfolgerungen ziehen und zu verhindern, daß Kinder und Enkelkinder 100 Jahre nach dem Schreckensdatum von 1914 und 75 Jahre nach der Entfesselung des 2. Weltkrieges erneut Kanonenfutter der Kriegsparteien werden.

Das 20. Jahrhundert ging als eines der verheerendsten Centennien in die Geschichte ein. Zwei Weltkriege und unzählige mörderische Konflikte regionaler oder lokaler Dimension gehören zu seiner Chronik. Ein Weltkrieg im 21. Jahrhundert hätte angesichts der modernen Waffentechnik und des Vorhandenseins atomarer Massenvernichtungsmittel noch weitaus schlimmere Folgen. Er würde die Existenz der ganzen Menschheit aufs Spiel setzen. Doch der Kapitalismus vermag dem zur Methode gewordenen Wahnsinn nicht Einhalt zu gebieten. Noch immer sind Millionen Arbeiter weltweit in Rüstungsbetrieben beschäftigt.

Und auch das sollte man nicht außer acht lassen: Im 1. Weltkrieg waren 5% der Getöteten Zivilisten, im 2. Weltkrieg stieg deren Anteil auf 48%! Im Koreakrieg ging man sogar von 84% und im Vietnamkrieg von 92% getöteten Zivilisten aus.

Die Regierung der BRD hat aus all dem nichts gelernt. Während sie einerseits eine rigorose Sparpolitik verfolgt und die Sozialausgaben kürzt, verhält sie sich andererseits gegenüber der Rüstungsindustrie mehr als „kulant“. 1980 betrugen die Militärausgaben im Weltmaßstab 110 Dollar pro Kopf. Seitdem sind sie unaufhörlich weiter gestiegen. 1996 fanden 25 regionale Kriege statt, 2013 waren es nicht weniger. Und die BRD bekundet – gleich mit welcher Regierung – stets ihre Bereitschaft, alle militärischen Interventionen und Einzelaktionen der NATO, ob in Kosovo, Afghanistan oder derzeit erneut in Afrika, zu unterstützen.

Auf der Münchener Sicherheitskonferenz 2014 verlangte Bundespräsident Gauck in seiner Rede, „als gutes Deutschland“ dürfe die BRD aus der historischen Schuld der Deutschen nicht länger ein „Recht auf Wegsehen“ ableiten. Was indes unter einer „aktiven Rolle Deutschlands in der Welt“ zu verstehen ist, wissen die Völker sehr genau. Spätestens seit 1914.

Dr. Wolfgang Reuter, Magdeburg